

Pressemitteilung

Wer an Hebammen spart, zahlt doppelt

Hebammen fordern bei Gesundheitsministerkonferenz den Erhalt einer verlässlichen Geburtshilfe

Köln/Hannover, 10. Juni 2026

Unter dem Motto „Wer an Hebammen spart, zahlt doppelt“ demonstrieren die Hebammenlandesverbände gemeinsam mit dem Deutschen Hebammenverband (DHV) am 10. Juni 2026 anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) in Hannover. Die Kundgebung richtet sich an die Gesundheitsminister*innen der Länder und macht deutlich: Hebammenarbeit ist kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in die Gesundheit von Frauen, Kindern und Familien.

Was derzeit auf Bundesebene diskutiert wird, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Versorgung vor Ort. Sowohl die geplanten Regelungen im Beitragssatzstabilisierungsgesetz als auch die bereits spürbaren Folgen des neuen Hebammenhilfivertrags zeigen, dass wirtschaftliche Sparzwänge zunehmend auf dem Rücken von Familien und Hebammen ausgetragen werden.

Hebammen begleiten Familien während Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit. Sie sind die einzige Berufsgruppe, die speziell für diese gesamte Versorgungsphase ausgebildet wird. Ihre Arbeit trägt dazu bei, gesundheitliche Risiken frühzeitig zu erkennen, Interventionen zu vermeiden und langfristige Folgekosten zu reduzieren. Gute Geburtshilfe ist deshalb gelebte Prävention und ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

„Hebammen sind nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. In einem finanziell angespannten Gesundheitssystem sparen unsere Leistungen langfristig Kosten ein, weil sie Komplikationen verhindern, Gesundheitskompetenz stärken und Familien frühzeitig unterstützen. Wer heute an Hebammen spart, zahlt morgen doppelt – mit höheren Gesundheitskosten, mehr Folgeerkrankungen und einer schlechteren Versorgung von Frauen und Familien“, erklärt Michelle Rump, Vorsitzende des Landesverbands der Hebammen Nordrhein-Westfalen.

Mit Sorge beobachten die Hebammen die aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen. Das geplante Beitragssatzstabilisierungsgesetz sowie Einschränkungen bei der Finanzierung von Gesundheitsleistungen gefährden aus Sicht des Berufsstands die Versorgung von Schwangeren, Gebärenden und Familien.

Dazu sagt Hilke Schauland, Erste Vorsitzende des Hebammenlandesverbandes Niedersachsen: *„Wir fordern den Erhalt der vollständigen Refinanzierung von*

Personalkosten bis zur Tarifgrenze. Das Einfrieren des Pflegebudgets ab 2027 gefährdet die Hebammenversorgung in Kreißsälen massiv und kann zu deutlich schlechteren Betreuungsrelationen führen.“

Auch für den freiberuflichen Bereich sehen die Hebammen erheblichen Handlungsbedarf. Ursula Jahn-Zöhrens, Beirätin für den Freiberuflichenbereich im Präsidium des DHV, erklärt: „*Nach den Belastungen durch den neuen Hebammenhilfvertrag brauchen Hebammen verlässliche Rahmenbedingungen, eine angemessene Vergütung und gute Arbeitsbedingungen, damit die Versorgung auch künftig gesichert werden kann.*“

Im Rahmen der Kundgebung suchen die Hebammenverbände das direkte Gespräch mit den Gesundheitsminister*innen der Länder. Gemeinsam wollen sie deutlich machen, dass die Sicherung der Geburtshilfe nicht nur ein berufspolitisches Anliegen ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Zu den angekündigten Redner*innen gehören:

- Hilke Schauland, 1. Vorsitzende des Landesverbands der Hebammen Niedersachsen
- Dr. Andreas Philippi, Niedersächsischer Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
- Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- Katharina Schenk, Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie
- Oliver Hildenbrand, Sozialminister Baden-Württemberg
- Murielle Guéguen, Präsidentin des Frauenrats NRW
- Michelle Rump, Vorsitzende des Landesverbands der Hebammen NRW

Kundgebung zur Gesundheitsministerkonferenz

10. Juni 2026 | 11:00 bis 13:00 Uhr

Designhotel Wienecke XI., Hildesheimer Straße 380, 30519 Hannover

Pressekontakt

Michelle Rump, 1. Vorsitzende im Landesverband der Hebammen NRW e. V.

E-Mail: 1.vorsitz@hebammen-nrw.de

0151-056024302